

Protokoll

Bürgergespräch zur Ortsumfahrung B 523
am 05.05.2023,
Beginn: 18:00 Uhr Ende: ca. 20:40 Uhr
Ort: Rathaus Obereschach, Sitzungssaal

Anwesende (ca. 40 Personen)

Einwohnerinnen und Einwohner aus Villingen-Schwenningen
Von der Verwaltung nahmen teil:

- Oberbürgermeister Jürgen Roth
- Referat des Oberbürgermeisters: Frau Benner (Öffentlichkeitsbeteiligung), Frau Falke (Pressestelle), Herr Wacker (Projektleitung), Herr Pfaff (Praktikant)
- Grünflächen- und Tiefbauamt: Frau Lamla (AL), Herr von Schnakenburg (SGL Planung und Koordinierung), Frau Hewelt (Altlasten)
- Stadtplanungsamt: Herr Schott (AbtL Umweltentwicklung und nachhaltige Planung), Herr von Holst (Umweltentwicklung und nachhaltige Planung)

Begrüßung

Frau Benner begrüßt die Anwesenden und führt kurz in die Thematik ein. Sie erklärt, dass es erst die Beteiligungsformate des Regierungspräsidiums Freiburg abzuwarten galt, bevor von der Verwaltung eine weitere Dialogebene geöffnet werden konnte. Sie weist darauf hin, dass das Verfahren in der Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland liege und diese das Regierungspräsidium Freiburg (RPF) mit der Ausführung des Projektes beauftragt habe.

Frau Falke erläutert, dass die Faktenlage zum Sachverhalt bekannt sei und keine weiteren Informationen vorliegen. Das Bürgergespräch stehe im Fokus des Zuhörens. Herrn Oberbürgermeister Roth sei es besonders wichtig, die Sorgen und Bedenken der Teilnehmenden zu hören, daher lade sie zum direkten Dialog mit dem Stadtoberhaupt ein.

Herr Oberbürgermeister Jürgen Roth begrüßt die anwesende Bürgerschaft, ebenso Herrn Martin als Ortsvorsteher und die Ortschaftsräte. Er gibt einen kurzen Überblick über die einzelnen Schritte im Verfahren und die bereits stattgefundenen Beteiligungsformate des RPF. Anschließend stellen sich die Verwaltungsmitarbeiter kurz vor. Herr OB Roth betont, dass man mit geballter Fachkompetenz anweisend sei. Diese Chance sollten die interessierten Anwesenden nutzen. Weiter führt er aus, dass ihm bei dem Quartiersrundgang Haslach / Wöschhalde eindrücklich dargestellt worden sei, wie viel Natur und Landschaft durch den Bau durchtrennt werde. Anhand der Übersichtskarte des RPF beschreibe er die verschiedenen Varianten und weist darauf hin, dass die Schätzung der Baukosten mit 46 Mio. € vermutlich überstiegen werden.

Aktuell sei lediglich der westliche Teil (die Auffahrt am Mönchsee) zur Genehmigung bei der Bundesregierung in Berlin. Der weitere Streckenverlauf werde erst im späteren Verlauf näher betrachtet. Die aktuelle Vorplanung sei noch sehr unkonkret, da man sich derzeit in der Planungsstufe 2 von insgesamt 6 Planungsstufen befinde. In diesem Zusammenhang erläutert Herr OB Roth die verschiedenen Planungsphasen mit den unterschiedlichen Beteiligungsformen. Im Rahmen des noch anstehenden Anhörungsverfahrens könne der Gemeinderat eine Stellungnahme an das RPF abgeben, die je nach Beschlussfassung für oder gegen den Lückenschluss ausfalle. Der Gemeinderat habe jedoch dem RPF gegenüber kein Veto-Recht. Am Ende des Planfeststellungsverfahrens stehe immer noch die Möglichkeit einer Klage, um sich gegen die Realisierung des Lückenschlusses zu wehren.

Als Auswirkung des Lückenschlusses führt Herr OB Roth die Mehrbelastung der Wohngebiete Haslach und Wöschhalde an. Doch gleichzeitig werde die Wieselsbergstraße entlastet. Die beiden in der jetzigen Planung nicht weiter verfolgten Anbindungen in Nähe Obereschach und Nordstetten hätten ebenfalls Auswirkungen auf die Verkehrsbelastung der beiden Ortschaften. Herr OB Roth berichtet außerdem, dass von der IHK eine Umfrage zum Anschluss des Industriegebiets Vockenhausen unter den Gewerbetreibenden des Industriegebiets durchgeführt worden sei.

Ortsvorsteher Martin bedankt sich für die Veranstaltung und bekräftigt, dass sie dringender denn je sei. Man spüre, dass der Bau realistisch werde. Der Ortschaftsrat Obereschach befasse sich bereits seit Jahrzehnten mit der B 523 und sei mehrheitlich nicht gegen den Lückenschluss. Man wolle jedoch, dass die Lasten fair verteilt werden. Obereschach müsse unbedingt beim Lärmschutz berücksichtigt werden. Zu der von der IHK durgeführten Umfrage bittet er um Aufnahme der Fragen nach der Anzahl der mit PKW zurückgelegten Fahrten zur Arbeit und nach der Anzahl der LKWs zur Anlieferung bzw. Abholung. Des Weiteren verweist Herr OV Martin auf das Schreiben des Ortschaftsrats an das RPF vom 05.05.2023.

OB Roth stimmt zu, dass die Trasse Auswirkungen auf den Lärm haben könnte. Aus seiner Erfahrungen mit dem Bau der A81 aus der Zeit als Bürgermeister in Tuningen wisse er, was der Lärmschutz bedeute. Er bestätigt, dass die schlüssigen Punkte aus dem Schreiben des OR aufgenommen werden und bietet die Auspflockung der Trasse an.

Die anschließenden Wortmeldungen aus der Bürgerschaft erfolgen insbesondere zu folgenden Themenschwerpunkten:

- **Mitglied des Oberbürgermeisters in der Interessengemeinschaft Lückenschluss B 33/B 523**

Es sei schade, dass der OB seine Meinungsbildung bereits abgeschlossen habe, ohne die Bürgerschaft miteinbezogen zu haben. Es existiere ein Ungleichgewicht zwischen Industrie und Bürger. Die Funktion des Vorsitzenden der IG Lückenschluss stehe im krassen Interessenskonflikt mit seinem Amt als OB.

Herr OB Roth weist darauf hin, dass die drei Oberbürgermeister der Stadt Villingen-Schwenningen vor ihm bereits Mitglied in der IG Lückenschluss gewesen seien. Dennoch gelte es zu differenzieren zwischen ihm als Oberbürgermeister der Stadt Villingen-Schwenningen und ihm als Privatperson Jürgen Roth. Es gebe immer eine Güterabwägung und die Abwägung aller Sorgen und Nachteile der Bürgerschaft. Als Oberbürgermeister sehe er immer das Wohl der Gesamtstadt. Die Entscheidung über die Stellungnahme der Stadt zum Lückenschluss liege jedoch unabhängig davon bei dem Gemeinderat.

- **Topographische Lage von Obereschach**

Obereschach befinde sich topographisch gesehen in einer Senke/Mulde, wodurch entstandener Geruch/Smog nur schwer abfließen könne, da die Muldenlage wie ein Sammelbecken wirke. Bereits in der Vergangenheit habe es durch die Ziegelei sowie das Asphaltwerk enorme Geruchs- und Emissionsbelastungen gegeben. Auch der Weiterbau der B 523 werde zu Schadstoffbelastungen führen. Man wünsche sich, dass bei den Planungen die Emissionen untersucht werden, da diese vermutlich Einfluss nach Obereschach haben werden. Bisher sei diese Belastung für Obereschach nicht ernst genommen worden. Obereschach solle in die Umweltverträglichkeitsstudie aufgenommen werden.

Frau Lamla berichtet, dass man sich derzeit noch in einer sehr frühen Phase befinde. Die Voruntersuchungen seien noch nicht vollständig veröffentlicht und die Ergebnisse folglich noch nicht bekannt. Eine Vergleichbarkeit der Bundesstraße mit dem Asphaltwerk sei hier nicht 1:1 möglich. Weiterhin beschränken sich die veröffentlichten Straßenverläufe zunächst auf die Trassenverläufe. Wie der Ausbau tatsächlich in Detail erfolgen solle, sei noch nicht veröffentlicht.

Herr Schott bestätigt, dass die Anregungen aus der Bürgerschaft an das RPF weitergegeben würden, damit diese in die weiteren Planungen einfließen könnten. Er verstehe, dass auch geringe/nicht messbare Emissionen störend sein könnten.

Herr OB Roth weist darauf hin, dass man schon allein an der heutigen Veranstaltung sehen könne, dass er das Thema sehr ernst nehme. Denn im rechtlichen Verfahren sei aktuell eigentlich keine Anhörung der Bürgerschaft vorgesehen. Ihm sei nicht bekannt gewesen, dass das Problem der abzugsträgen Lage von Obereschach so alt sei. Er sagt zu, die Erkenntnisse in einem Gutachten neu darstellen zu lassen. Auf Nachfrage weist OB Roth ausdrücklich darauf hin, dass die Untersuchungen und die darauf begründeten Entscheidungen noch nicht getroffen worden seien. Diese Annahme sei schlichtweg falsch. Derzeit befinde man sich erst in der Planungsstufe 2. Die Durchführung von Untersuchungen fange hier erst an und werde in den nächsten Planungsstufen fortgeführt.

- **Flächenverbrauch / Ausgleichsflächen:**

Bei der Streckenabsteckung im Wohngebiet Haslach/Wöschhalde habe man sehen können, wie viel Flächenverbrauch der Bau der Straße fordere. Bedenken habe man insbesondere bei den großen Schleifen am Mönchsee. Das Brückenbauwerk zerstöre den Mönchsee. Es wird gewünscht, die Straßenplanung in einem 3D-Format darzustellen. Vor allem bei Brückenbauwerken seien die Ausmaße dann besser einzuschätzen.

Des Weiteren stelle sich die Frage, wie man den Landwirten adäquate Ausgleichsflächen zur Verfügung stellen werde. Es wird gebeten, dieses Anliegen in die Stellungnahme des Gemeinderates mit aufzunehmen. Seitens des Ortschaftsrates habe man den Sachverhalt bereits beim RPF vorgetragen.

Der Flächenverbrauch und die damit einhergehende steigende Pacht für die Landwirte führe zu einer Ungleichheit der Verteilung der landwirtschaftlichen Flächen.

Herr OB Roth erläutert, dass der Eingriff am Mönchsee so gering wie möglich zu halten sei. Der Flächenverbrauch sei ein wichtiges Thema, aber er könne nichts gegen den Eingriff und den damit verbundenen Flächenverbrauch machen.

Dass bei einer Straßenbreite von insgesamt 25 Metern, inklusive Randstreifen, Lärmschutz und sonstigen Einrichtungen, die betroffenen landwirtschaftlichen Flächen weg seien, sei unumstritten. Als Ausgleichsflächen könnten nur bereits genutzte Flächen verwendet werden. Es gebe große und kleine Landwirte, die bedacht werden müssen. Bei der Verpachtung seien jedoch vor allem die kleineren Betriebe zu schützen, was aber auch zu einer Belastung aller anderen Betriebe führen werde. Es gebe verschiedenen Stellschrauben, an denen man drehen könne (Subventionen etc.). Fakt sei jedoch, dass durch den Neubau die landwirtschaftliche Nutzfläche schwinden werde.

Es wird darauf hingewiesen, dass es mindestens zwei landwirtschaftliche Betriebe mit eigenem Quellwasser gebe. Man frage sich, was bei einer Quellwasserversiegelung mit den landwirtschaftlichen Betrieben passieren werde.

OB Roth bestätigt, dass die landwirtschaftlichen Höfe Wasser brauchen und verspricht, das Anliegen mitzunehmen.

- **Umwelt- und Klimaschutz**

Der Neubau der Straße sei ein falsches Zeichen in der heutigen Zeit. Vor 30 Jahren sei es eventuell noch in Ordnung gewesen, heute allerdings nicht mehr.

Es sei Fakt, dass der Naturschutz beeinträchtigt und der Bau gesetzlich geschützte Gebiete passieren werde. Die Planungen des RPF würden von der Stadt nur hingenommen werden. Außerdem werde mit zweierlei Maß gemessen: bei einem Bebauungsplan im privaten Bereich werde ein Bau abgelehnt, wenn nur geringe Abweichungen zu den einzuhaltenden Regelungen bezgl. des Naturschutzes vorhanden seien. Bei dem Bau der B 523 sei der Naturschutz und die Zerstörung allerdings gleichgültig.

Frau Lamla erklärt, dass die Anforderungen seitens Umwelt- und Klimaschutz nicht mit denen von vor 30 Jahren vergleichbar seien. An diese Anforderungen halte sich der Bund. Grundsätzlich sei der Bedarf des Baus der Straße seitens des Bundes festgestellt worden. Dies sei anhand von standardisierten und bundeseinheitlich ermittelten Datengrundlagen erfolgt, welche in die Verkehrsmodelle münden.

Herr Schott führt an, dass eine Straße anders bewertet werde als Einzelbauten. Es gebe zum Flächenverbrauch der landwirtschaftlichen Flächen mathematische Berechnungen, welche bei bisherigen Projekten im Nachgang immer korrekt waren. Als Stadt diskutiere man bei dem Vorhaben zwar mit, am Ende entscheide jedoch die Demokratie (GR-Abstimmung). Er versichert, dass kein Anliegen unter den Tisch fallen gelassen werde und es gebe immer eine transparente Bewertung.

Zum Hinweis, dass der Reifenabrieb der Fahrzeuge durch das Abwasser nach Obereschach fließe, weist Herr OB Roth darauf hin, dass dies bereits zur konkreten Detailplanung gehöre und derzeit noch nicht Bestand der Planungen sei.

- **Lärmschutz**

Es wird darauf hingewiesen, dass der Lärm alle betreffe und vor keinem Halt mache. Die B 523 höre man je nach Wind und Temperaturen überall. Beim damaligen Bau habe es keine Lärmschutzwände gegeben. Die B 33 sei im Baugebiet "Ob der Gärten" spürbar hörbar. Der Schallschutz müsse von Anfang an berücksichtigt werden.

OB Roth bestätigt, dass der Lärmschutz eine Grundforderung sei. Allerdings seien die Planungen und der Bau der Straße von vor 30 Jahren nicht mit denen der heutigen Zeit vergleichbar. In der heutigen Zeit seien die Anforderungen an den Lärmschutz viel größer. Und da der Bund Bauherr sei, habe auch dieser die Kosten des Lärmschutzes zu tragen.

- **Kosten-Nutzen-Verhältnis**

Es wird die Verhältnismäßigkeit des Vorhabens kritisiert. Es gebe keinen Zeitgewinn durch den Ausbau.

Frau Lamla weist darauf hin, dass der Faktor Zeit im Kosten-Nutzen-Verhältnis nicht der alleinige Faktor sei, um eine Straße zu bewerten. Die reine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung könne alleinig nicht maßgeblich für den Bund sein, der dem Gemeinwohl diene. Der Co2-Ausstoß erhöhe sich bei dem Neubau einer Straße punktuell immer, da vor dem Bau keine Autos fahren und nach dem Bau eine gewisse Anzahl an

Kraftfahrzeugen fahren werde. Jedoch müsse auch bedacht werden, dass eine konstante Geschwindigkeit umwelttechnisch ökologischer sei als ein stop & go Verkehr. Nach Prognose-Nullfall 2040 werden steigende Verkehrszahlen erwartet. Somit werde dieser Mehrverkehr ohne Realisierung des Lückenschlusses über den Nordring mit Verkehrsunterbrechungen geführt werden, was sicherlich grundsätzlich nicht Co2 mindernd wirken werde.

Frau Lamla stellt die Gegenfrage, warum alleinig der Faktor Zeit von heute gemessen maßgeblich zur Umweltbetrachtung der Zukunft sein solle.

- **Verkehrsfluss / Geschwindigkeitsregelungen**

Es wird die Frage gestellt, inwieweit die Stadt bemüht sei, den Verkehrsfluss am Zubringer B 33 / Marbach zu verbessern.

Herr OB Roth erklärt, dass es bereits konkrete Planungen zu Entlastungsmaßnahmen bzgl. des Verkehrsflusses am Zubringer B 33 / Marbach gebe.

Die Frage nach einem möglichen Einfluss der Stadt auf die vorgesehene Geschwindigkeit auf der zukünftigen Straße beantwortet Herr OB Roth dahingehend, dass die Stadt zwar eine Geschwindigkeit beantragen könne. Das RPF sage aber bereits jetzt deutlich, dass die vorgesehene Geschwindigkeit bei 100 km/h liegen werde.

Aus dem Teilnehmerkreis wird darauf hingewiesen, dass bei der Veranstaltung in der Tonhalle deutlich geworden sei, dass sich der Verkehr für Obereschach (insbesondere Augenmoosstr., Steinatstr.) durch den Lückenschluss verbessern werde.

Frau Lamla bestätigt die Aussage und zeigt kurz die Verkehrszahlen auf.

Am Ende der Veranstaltung bedankt Herr OB Jürgen Roth sich bei allen Anwesenden. Ihm sei es wichtig, dass man offen miteinander spreche. Auch die kritischen Meinungen nehme er gerne mit und versicherte, dass ein Austausch wie dieser nicht das letzte Mal gewesen sei. Besonders sei ihm deutlich geworden, dass die Sorgen der Obereschacher bereits lange aus der Vergangenheit rühren. Alle Hinweise seien schriftlich festgehalten worden und werden nach Abschluss der Veranstaltungsreihe gebündelt an das RPF weitergegeben.

Im Anschluss folgt der direkte Austausch zwischen Bürgerschaft und Fachleute der Verwaltung. Die unterschiedlichen Themen werden in separaten Räumen behandelt und teils mit Zeichnungen und bildlichen Darstellungen verdeutlicht. Das Angebot wird rege angenommen.